



Pressemitteilung

Präsidentin des Wirtschaftsbeirates Bayern – Sieben Thesen zur Zukunft Europas

München, 03.05.2022: **Europa muss als Gemeinschaft der Freiheit, des Rechts in Sicherheit und Solidarität neues Vertrauen schaffen.**

Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP, Präsidentin des Wirtschaftsbeirates Bayern, hat heute „Sieben Thesen zur Zukunft Europas“ an EVP-Chef Manfred Weber übergeben. Niebler „Europa muss sich auf seinen freiheitlichen Markenkern besinnen“. Sie ruft den Rat der Europäischen Union auf, in einem Konvent diesen Markenkern herauszuarbeiten. Die sieben Thesen des Wirtschaftsbeirates Bayern sollen dazu ein Impuls sein. Putins Ukrainekrieg verschiebt die Grundkoordinaten der globalen Sicherheitsarchitektur. „Im Machtgefüge der Blöcke USA, China, Indien, Russland muss sich Europa mehr denn je aus eigener Kraft selbst behaupten. Nur als Gemeinschaft der Freiheit und des Rechts kann sie den Menschen durch Sicherheit und Solidarität neues Vertrauen, neue Perspektiven bieten“ so Niebler.

Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, Vizepräsident a.D. der Deutschen Bundesbank, und Prof. Dr. Gregor Kirchhof, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Finanzrecht und Steuerrecht an der Universität Augsburg, haben für den Wirtschaftsbeirat Bayern sieben Thesen vorgelegt, die der Europäischen Union neue Anziehungskraft und neue Stärke verschaffen. Konkret schlagen sie folgende strategische Ansätze vor.

- 1) Die Europäische Union muss sich auf ihren freiheitlichen Markenkern, das Vertrauen in die Kraft und die Freiheit der Menschen und der Unternehmen, die Soziale Marktwirtschaft besinnen im Zusammenspiel mit starken, an rechtstaatliche Regeln gebundenen Institutionen. Politische Beliebigkeit, Planwirtschaft oder Bürokratie schwächen Europa.
- 2) Die Europäische Union zieht ihre Berechtigung aus der Garantie der Sicherheit und dem Schutz der Freiheit. Sie muss handlungsfähiger werden, das Einstimmigkeitsprinzip in der Außen- und Sicherheitspolitik aufgeben, gemeinsame Sicherheitskooperationen ausbauen. Sie muss den Schulterchluss mit demokratischen Rechtsstaaten, den USA, dem liberalen Westen halten.
- 3) Die Europäische Union kann sich in der Konkurrenz der Machtblöcke nur auf der Grundlage finanzpolitischer Stabilität behaupten. Es ist notwendig zu den Prinzipien des Vertrages von Maastricht zurückzukehren. Hohe Staatsschulden, gemeinschaftliche Haftung, umfassende Transfersysteme bergen große Sprengkraft für die Gemeinschaft. Preisstabilität muss vorrangiges Ziel der EZB sein, nichts anderes.
- 4) Die Europäische Union muss ihre Schlagkraft durch gemeinsame Kompetenzen in den Bereichen äußere Sicherheit, Klimaschutz, Energie erhöhen. Sie muss zugleich ihre Flexibilität und Resilienz steigern und den Mitgliedstaaten neue Entscheidungsräume öffnen, Kompetenzen zurückverlagern. Subsidiarität muss wieder mit Leben gefüllt werden. Wer meint, europäische Projekte allein aus Brüssel umsetzen zu können, wird scheitern.

- 5) Die Europäische Union muss eine Ära der freiheitlichen europäischen Regulierung einläuten. Echte Richtlinien sollen den Mitgliedstaaten Entscheidungsräume lassen. Ein besseres Europarecht soll Bürokratie abbauen (Taxonomie, CO2-Grenzzoll, Regelungsfülle) und Freiheit zulassen.
- 6) Die Europäische Union muss über Handelsabkommen mit demokratischen Ländern den „Binnenmarkt der Freiheit“ erweitern, einseitige Abhängigkeiten von Autokratien aber reduzieren. Die internationale Arbeitsteilung, regelgebundener Handel bringen Wohlstand für alle. Geschäfte auf der Basis der Macht des Stärkeren bedeuten Ausbeutung.
- 7) Die Europäische Union muss mehr aus der Perspektive der Menschen, der Mitgliedstaaten denken. Insbesondere junge Menschen erleben Europa in der Qualität des europäischen Rechts, stärker noch im Maß der inneren Einigung und nicht zuletzt im europäischen Selbstverständnis. Wenn die Union aus den westlichen Werten der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts heraus handelt, gewinnt sie Vertrauen zurück.

Das vollständige Positionspapier erhalten Sie mit dieser Pressemitteilung oder finden Sie auf der Homepage des Wirtschaftsbeirates Bayern: <https://www.wbu.de/positionen/positionspapiere/>

V. i. S. d. P.:

Dr. Johann Schachtner
Generalsekretär

Wirtschaftsbeirat der Union e.V.
Ottostraße 5 | 80333 München

T +49 89 24 22 860
E info@wbu.de